

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 1/06 (Januar bis Februar 2006)

Ausschnitte des deutschen Militarismus nach Außen

Unter dem Deckmantel der UNO gab die Bundesregierung Mitte Januar bekannt, dass sie einen Militäreinsatz im Kongo vorbereitet. Ende Januar erklärte Kriegsminister Jung die Bereitschaft Deutschlands für diesen Einsatz, an dem sich mehrere imperialistische Staaten beteiligen wollen, als Führungsmacht aufzutreten. Eine EU-Erkundungsmission, die am 28. Januar nach Kinshasa aufbrach, stand bereits unter Leitung eines deutschen Generals. Am 27. Februar erklärte sich Deutschland offiziell zu einem Bundeswehreininsatz im Kongo bereit. Als militärisches Hauptquartier aller imperialistischen Staaten, die sich daran beteiligen, ist u. a. Potsdam im Gespräch. (jW 16.01, 28.01.06, Jungle World 01.02.06, FR 28.02.06) Im Zuge der Debatte über den Bundeswehreininsatz im Kongo wurde öffentlich bekannt, dass im Herbst letzten Jahres 60 deutsche Soldaten in Ghana stationiert waren, um bei Bedarf in den Nachbarstaat Elfenbeinküste einzumarschieren. 200 weitere Soldaten standen dafür abmarschbereit in Deutschland. Zugleich befand sich eines der größten Schiffe der deutschen Kriegsmarine vor der Küste Ghanas und drei Transall-Transporter waren in der Hauptstadt Accra stationiert. (Jungle World 08.02.06) Anfang Februar verlängerte die Bundesregierung den Einsatz deutscher Soldaten und Polizisten in Georgien um weitere sechs Monate. (FR 09.02.06) Anfang Januar vereinbarte Deutschland mit Österreich eine engere militärische Zusammenarbeit und die Schaffung einer gemeinsamen Kampf Einheit zusammen mit Tschechien. (jW 07.01.06) Insgesamt will die Bundesregierung im Jahre 2006 sechs Milliarden Euro für Rüstungsgüter ausgeben. (jW 21.01.06)

Ausschnitte des deutschen Militarismus nach Innen

Am 9. Februar wurde bekannt gegeben, dass neben der Polizei 2.000 Soldaten der Bundeswehr im Rahmen einer „Amtshilfe“ während der Fußball-WM im Inland eingesetzt werden. Abgestellt für die WM werden weiterhin 20.000 Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste. (jW 10.02.06, Jungle World 22.02.06) Nachdem das Bundesverfassungsgericht den Abschuss von entführten Passagierflugzeugen für illegal erklärt hatte, denken führende deutsche Politiker daran, im Falle einer Flugzeugentführung den Kriegszustand auszurufen, um auf diese Weise Passagierflugzeuge legal abschießen zu können. (FR 21.02.06) Den Inlandseinsatz erproben konnte die Bundeswehr Mitte Februar auf Rügen. Nachdem aufgrund der dort aufgetretenen Vogelgrippe der Katastrophenzustand ausgerufen wurde, ist die Insel von 270 Soldaten abgeriegelt worden. Eingesetzt wurde auch ein Tornado-Kampfflugzeug. (jW 21.02.06) Insgesamt gibt es in Deutschland knapp 600 Jugendoffiziere, die unter Jugendlichen für eine Laufbahn beim deutschen Militär werben. Im Jahre 2003 traten diese Jugendoffiziere in den Schulen des Landes vor 130.000 Schülerinnen und Schülern auf, 2004 vor 156.000. 28.000 Schülerinnen und Schüler besuchten im Jahr 2004 Kasernen der Bundeswehr. Weitere Maßnahmen des deutschen Militärs,

um Jugendliche zu werben, sind die Erstellung von Unterrichtsmaterialien für die Schulen, Auftritte bei diversen Messeveranstaltungen – 2005 war die Bundeswehr auf acht Messen vertreten –, das Simulationsspiel „Politik und Internationale Sicherheit“, das 2004 378-mal angeboten wurde und an dem sich jeweils 30 bis 50 Schülerinnen und Schüler beteiligt hatten, die Veranstaltung von Musikwettbewerben und einem jährlichen Preisausschreiben – 2004 nahmen 100.000 Jugendliche daran teil –, wo es u. a. mehrtägige Aufenthalte in verschiedenen Kasernen zu gewinnen gibt. (jW 06.01.06)

Verschärfung der Diskriminierung von Menschen aus anderen Ländern

Die Anforderungen für Menschen aus anderen Ländern, die sich Einbürgern lassen wollen, werden weiter erhöht. Die bisherigen Anforderungen waren: mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt zu haben, über ein festes Einkommen, ausreichenden Wohnraum und deutsche Sprachkenntnisse zu verfügen und sich schriftlich zur Verfassung zu bekennen. Zudem erfolgte eine „Regelanfrage“ beim Verfassungsschutz. Nun sollen mit umfangreichen Fragebögen die „innere Überzeugung zum Grundgesetz“ und die „Akzeptanz unserer Werteordnung“ bei einbürgerungswilligen Menschen detailliert überprüft werden. Vorreiter war Baden-Württemberg, wo seit Ende letzten Jahres ein solcher Fragebogen, hauptsächlich gegen Menschen muslimischen Glaubens, verwendet wird. Mitte Januar gab Hessen bekannt, ebenfalls einen Fragebogen einzuführen, um die „innere Hinwendung“ der Antragsteller zu Deutschland zu überprüfen. Bayern gab Anfang Februar bekannt, bis April ein bundesweit einheitliches Konzept für ein verschärftes Einwanderungsverfahren vorzulegen, mit Pflichtlehrgängen zur deutschen Geschichte, zur Verfassungs- und Gesellschaftsordnung Deutschlands und einer anschließenden Prüfung. (FR 06.01.06, 16.01.06, 31.01.06, 06.02.06, taz 04.02.06, 09.02.06) Nachdem Mitte Januar eine Schule in Berlin – wo für 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler Deutsch nicht die Muttersprache ist – den Schülern verboten hatte, in der Schule, einschließlich auf dem Schulhof, auf Klassenfahrten und Wandertagen eine andere Sprache als Deutsch zu sprechen, und die Schüler sich schriftlich dazu verpflichten mussten, sprachen sich führende Politiker von SPD, CDU und CSU umgehend für eine bundesweite Übernahme dieses Verbots aus. (FR 31.01.06, taz 01.02.06, jW 10.02.06)

Deutscher Umgang mit Flüchtlingen in Zahlen

2005 konnten in Deutschland nur noch 28.914 Flüchtlinge Asyl beantragen. Das war der niedrigste Stand seit 1983. Unter den Antragstellern war kein einziger Flüchtling aus einem afrikanischen Staat. Von 48.102 Flüchtlingen, über deren Asylantrag im letzten Jahr entschieden wurde, erhielten nur 411 den Status eines Asylberechtigten. Im Januar dieses Jahres wurden nur 31 Menschen als asylberechtigt anerkannt. (FR 08.02.06, PB 09.02.06)

Arbeitslöhne in Deutschland

22 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland – 6,9 Millionen Menschen – arbeiten zu Niedriglöhnen. Die Bundesregierung gab Ende Januar bekannt, dass für das Jahr 2006 die Lohnquote – der Anteil der „Arbeitnehmerentgelte“ am Volkseinkommen – auf 66 Prozent, den niedrigsten Stand seit 1991, fallen wird. Laut Statistischem Bundesamt lag 2005 der Anstieg der tariflichen Stundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter mit durchschnittlich 1,2 Prozent unter dem Anstieg der Verbraucherpreise, die sich um 2,0 Prozent erhöhten. Im Jahre 2004 hat der Abstand der Einkommen zwischen Männern und Frauen weiter zugenommen. Männer erhalten pro Arbeitsstunde durchschnittlich 23 Prozent mehr Lohn als Frauen. Vor fünf Jahren betrug dieser Unterschied 19 Prozent. Deutschland liegt in diesem Bereich auf einem der letzten Plätze in Europa. Für Lehrlinge stieg der Ausbildungslohn 2005 um durchschnittlich 1 Prozent. (FR 06.01, 12.01, 26.01.02, taz 28.01, 27.02.01)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Am 23. Dezember wurde in Gotha (Thüringen) ein Mann aus Kamerun von sechs Nazis rassistisch beschimpft und überfallen. Einer der Nazis würgte dabei den Mann am Hals. In der Silvesternacht sind zwei Vietnamesen in Gräfenhainichen (Sachsen-Anhalt) von sechs Nazis überfallen worden. Eines der Opfer musste anschließend im Krankenhaus behandelt werden. (Jungle World 11.01.06) In Arnstadt (Thüringen) wurde in der Silvesternacht ein linker Jugendlicher von Nazis mit einem Auto angefahren und anschließend zusammengeschlagen. Das Opfer musste ins Krankenhaus gebracht werden. (jW 04.01.06) In der Neujahrsnacht wurden in Teterow (Mecklenburg-Vorpommern) mehrere Men-

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politisch/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

schen aus Indien von 30 Nazis angegriffen. Nachdem die Überfallenen in ein Restaurant flüchteten, versuchten die Nazis das Lokal zu stürmen. Die Polizei traf erst nach dem dritten Anruf ein. (Jungle World 15.02.06) Am Neujahrsmorgen haben mehrere Nazis auf der Insel **Rügen** eine Flüchtlingsunterkunft mit Silvesterraketen beschossen, rassistische Parolen gebrüllt und Flüchtlinge mit einem Messer bedroht. Ein Armenier wurde bei dem Nazi-Angriff verletzt. (FR 04.01.06) In **Dorsten** (Nordrhein Westfalen) haben Anfang Januar drei Nazis drei Menschen überfallen. Eines der Opfer wurde so stark getreten, dass es ins Krankenhaus musste. (FR 06.01.06) Drei Nazis – zwei von ihnen wegen Nazi-Straftaten und schwerer Körperverletzung polizeibekannt – schlugen in der Nacht zum 12. Januar in **Erfurt** (Thüringen) einen Mann aus dem Irak zusammen. Das Opfer musste mit einer Kopfverletzung ins Krankenhaus. Die Polizei teilte mit, dass hier „kein eindeutig fremdenfeindlicher Hintergrund“ nachzuweisen sei. (Jungle World 18.01.06) Fünf Nazis haben am 9. Januar in **Pömmelte** (Sachsen-Anhalt) einen zwölfjährigen Deutschen äthiopischer Herkunft überfallen. Sie schlugen ihn zusammen, traten ihm mit Füßen, drückten eine brennende Zigarette in seinem Gesicht aus, bedrohten ihn mit einer Schusswaffe und zwangen ihn, ihre Stiefel abzulecken. Das Opfer, das bereits im letzten Dezember von Nazis überfallen wurde, musste ins Krankenhaus. Seit Jahresbeginn gab es in Sachsen-Anhalt bereits acht Nazi-Überfälle. So wurden am 1. Januar in **Quedlinburg** zwei Jugendliche von 15 Nazis überfallen und mit Fußtritten gegen ihren Kopf schwer verletzt. (FR 12.01., 13.01.06) Am 14. Januar bedrohte ein Nazi in einem Zug bei **Groß Köris** (Brandenburg) einen Vietnamesen und versuchte ihn auszurauben. (Jungle World 25.01.06) In **Berlin-Friedrichshain** fanden im Januar mehrere Nazi-Überfälle statt. Am 27. Januar wurde ein linker Jugendlicher von zehn Nazis angegriffen und zusammengeschlagen. Am 28. Januar wurden zwei Jugendliche von 15 Nazis überfallen und verletzt. Zwei weitere Menschen, die den Opfern zu Hilfe eilen wollten, wurden ebenfalls geschlagen und getreten. Kurz darauf wurde ein weiterer linker Jugendlicher von mehreren Nazis angegriffen. Das Opfer musste anschließend ins Krankenhaus. Zwei Wochen zuvor wurden vier Männer aus Spanien von vier Nazis gejagt. Jugendliche, die den Spaniern helfen wollten, sind von den Nazis, die Verstärkung bekommen hatten, mit Steinen beworfen worden. Bereits am 6. Januar wurden mehrere linke Jugendliche von acht Nazis gejagt und angegriffen. (jW 01.02.06) Mehrere Nazi überfielen Anfang Februar in **Guben** (Brandenburg) einen Mann und verletzte ihn schwer. (FR 02.02.06) Ebenfalls Anfang Februar wurden in **Köthen** (Sachsen-Anhalt) innerhalb weniger Tage drei chinesische Studenten von Nazis überfallen und zusammengeschlagen. (jW 17.02.06) Nach vorläufigen offiziellen Angaben stieg 2005 die Zahl der Nazi-Straftaten auf 10.271 gegenüber 7.934 im Vorjahr. Die Zahl der Gewalttaten stieg von 498 im Jahre 2004 auf 588. Demgegenüber stellten die Beratungsstellen für die Opfer rechter Gewalt in den fünf neuen Bundesländern und Berlin fest, dass allein in Ostdeutschland die Zahl der Nazi-Gewalttaten von 551 im Jahre 2004 auf 614 stieg. (PB 23.02.06)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 14. Januar demonstrierten hunderte Antifaschistinnen und Antifaschisten in **München**

gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. Mehrere Hundertschaften der Polizei, die den Nazi-Aufmarsch vor den Protesten schützten, griffen die Antifas immer wieder an, verhiinderten gewaltsam Blockadeaktionen und jagten sie durch die Stadt. Am selben Tag protestierten in **Magdeburg** 250 Menschen gegen 400 Nazis, die gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt vor 61 Jahren durch die Anti-Hitler-Koalition hetzten. (jW 16.01.06) Am 21. Januar demonstrierten in **Neumünster** (Schleswig-Holstein) 600 Menschen gegen einen Nazi-Treffpunkt im Ort. Die Polizei nahm acht von ihnen fest. (taz 24.01.06) In **Darmstadt** (Hessen) demonstrierten am selben Wochenende 300 Menschen gegen ein Treffen von 400 Nazis zwei Wochen zuvor in Griesheim. (FR 24.01.06) In **Butzbach** (Hessen) protestierten am 28. Januar 350 Antifas gegen eine dort ansässige Nazi-Gruppe. (FR 30.01.06) Am selben Tag demonstrierten in **Stuttgart** 2.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis, der von 800 Polizisten geschützt wurde. Kämpferischen Antifas gelang es trotz Schlagstockeinsatz der Polizei den Nazi-Aufmarsch zu blockieren. Die Nazis mussten unter Polizeischutz die Stadt verlassen. Die Polizei nahm neun Antifas fest. Einer der Festgenommenen erlitt in der Polizeihaft schwere Verletzungen. Ebenfalls am 28. Januar demonstrierten 2.000 Antifas in **Lüneburg** (Niedersachsen) gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis. Insgesamt erteilte die Polizei gegen 421 Antifas Platzverweise, nahm sieben von ihnen fest und verletzte mehrere Antifas bei einem Schlagstockeinsatz. Am selben Tag protestierten 1.600 Antifas in **Dortmund** (Nordrhein-Westfalen) gegen einen Aufmarsch von 280 Nazis. Die Polizei sah sich gezwungen, den Nazi-Aufmarsch vorzeitig abzubrechen. Mehreren Antifas gelang es, die Polizeisperren zu durchbrechen und zu den Nazis vorzudringen. 150 Antifas wurden von der Polizei eingekesselt und festgenommen. In **Vlotho** (Nordrhein-Westfalen) protestierten am 28. Januar 800 Menschen gegen das dort ansässige nazistische „Collegium Humanum“. (jW 31.01.06) In **Dresden** demonstrierten am 11. Februar 6.500 Menschen gegen einen Aufmarsch von 4.000 Nazis, die gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition hetzten. Kämpferischen Antifas gelang es, den Nazi-Aufmarsch trotz Polizeigewalt erfolgreich zu blockieren. Da es in den Vorjahren nach den Nazi-Aufmärschen zu Angriffen auf die Synagoge in der Innenstadt kam, versammelten sich in diesem Jahr 500 Menschen in den Abendstunden vor dem Gebäude zu einer Kundgebung. (jW 13.02.06) 4.000 Antifas gelang es am 18. Februar in **Münster**, einen Aufmarsch von 150 Nazis nach bereits 300 Metern zu beenden. (jW 20.02.06) In **Schönebeck** (Sachsen-Anhalt) protestierten am 25. Februar 400 Antifas gegen den Nazi-Überfall auf ein zwölfjähriges Kind in Pömmelte. Während der Demo wurden die Antifas mehrmals von Nazis angegriffen, die mit 250 Personen aufmarschiert waren. Die Polizei verhiinderte, das die Antifas sich dem Nazi-Aufmarsch entgegenstellen konnten. (jW 27.02.06)

Proteste von Abschiebegefangenen

Im berüchtigten Abschiebegefängnis Berlin-Grünau kam es am 13. Februar erneut zu kämpferischen Protesten von Abschiebegefangenen. Nachdem ein 63-jähriger Mann aus Mazedonien erfuhr, das er die Kosten für die Abschiebehaft selbst zu tragen hat – pro Tag fallen dafür 62 Euro an –, versuchte er

sich vor lauter Verzweiflung umzubringen. Am Abend erfuhren seine Mitgefangenen von der versuchten Selbstötung. 14 von ihnen traten umgehend in den Hungerstreik, der Etagezugang wurde verbarrikadiert und mehrere Matratzen in Brand gesetzt. Am 18. Februar demonstrierten 200 Antirassistinnen und Antirassisten in Berlin-Grünau und erklärten sich mit den Abschiebegefangenen solidarisch. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Hungerstreik nach wie vor fortgesetzt. (taz 15.02.06, jW 20.02.06)

Massenproteste und militante Kämpfe in Nepal

Mitte Januar demonstrierten 150.000 Menschen in der nepalesischen Stadt Janakpur gegen die Monarchie im Lande, für ein Boykott der Wahlen am 8. Februar und gegen den Ausnahmezustand, der im Februar 2005 aufgrund der militanten Kämpfe der revolutionären Guerilla vom König erlassen wurde. Um weitere Proteste zu verhindern wurde für die Hauptstadt Kathmandu am 20. Januar eine Ausgangssperre verhängt. Die Polizei nahm an diesem Tage 210 Menschen fest, die trotzdem auf die Straße gingen. 15.000 Soldaten patrouillierten in der Stadt. Auf Protestkundgebungen am folgenden Tag kam es zu gewaltsamen Kämpfen mit der Staatsmacht, bei denen ca. 50 Menschen verletzt und 300 verhaftet wurden. Trotz des staatlichen Terrors gingen auch einen Tag später tausende Menschen auf die Straße, um gegen das Regime zu protestieren. Am 26. Januar legte ein Generalstreik die Hauptstadt lahm. Die revolutionäre Guerilla, die am 2. Januar einen viermonatigen einseitigen Waffenstillstand beendete, nahm währenddessen die bewaffneten Kämpfe wieder auf und erklärten sich mit den Demonstrierenden solidarisch. Am 14. Januar überfielen sie zwei Polizeireviere nahe der Hauptstadt. Am 22. Januar griff sie eine Patrouille in einem Dorf an, wobei es zu einem siebenstündigen Gefecht kam. Anfang Februar teilte die Armee mit, sie vermisste nach einem Gefecht mit der Guerilla im Bezirk Palpa 143 Polizisten. Die Guerilla, die ebenfalls zu einem Boykott der Wahlen aufrief, verstärkte unmittelbar vor dem Wahltag ihre Angriffe auf Polizeiposten, Armeecamps und Regierungseinrichtungen. Für die Woche vom 5. zum 12. Februar rief sie zu einem landesweiten Generalstreik auf, der das öffentliche Leben in vielen Städten des Landes zum Erliegen brachte. Einen Tag nach der Wahl demonstrierten erneut tausende Menschen gegen die Monarchie und ihre Armee, die am Wahltag einen Protestierenden erschossen hatte. Die revolutionäre Guerilla setzte unterdessen ihre Kämpfe fort. Am 10. Februar überfielen sie einen Armeekonvoi, am 15. Februar kam es zu einem mehrstündigem Gefecht mit einer Militärpatrouille. Am 16. Februar startete die Regierung eine Militäroffensive mit hunderten Soldaten und Hubschraubern, die Stellungen der Guerilla bombardierten. Ende Februar kam es erneut zu mehrstündigen Gefechten, als die Guerilla eine Militärpatrouille angriff. (jW 13., 16., 25., 27.01.08., 10., 11., 16., 17., 28.02.06 taz 21., 23.01.02.02.06)

Abkürzungen: Frankfurter Rundschau (FR), junge Welt (jW), die tageszeitung (taz), Politische Berichte (PB).

